



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/226 - 4. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Worum geht es? Vor dem Gespräch Adenauer - Smirnow	65
3	Freund des deutschen Volkes Zum Tode des britischen Bischofs Pell	25
3	Um die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Warschau Unverständliche Verzögerungstaktik der CDU	26
4	Vorbild Schweden Staatspensionen für Arbeiter	34
5 - 6	Rostock gibt an Unlautere Werbung für den Hafen in der Tschechoslowakei	70
<u>Anhang:</u>	Einige über Berlin-Hilfe	45

* * * * *
* * * * *

Worum geht es ?

sp - Es gibt Anzeichen dafür, daß man sich in Moskau zunehmend Gedanken darüber macht, ob die gegenwärtige Führung der SED in der sogenannten DDR das politische Format besitzt, um die Probleme der Zone meistern zu können. Bisher war man in Moskau der Meinung, - und dies ganz offenbar auf der Grundlage von falschen Berichten aus Ost-Berlin über die Situation in der Zone - die Ulbricht-Clique im Zentralkomitee der SED sei ein Garant für die Durchsetzung der sowjetischen Politik in Mitteleuropa. Die Fluchtwelle der Intelligenz aus der Zone hat ^{Moskau} Verrücktheit gemacht und veranlaßt, Spezialbeobachter zum Studium der Verhältnisse in der Zone zu entsenden. Während es in fast allen anderen Staaten des Ostblocks der kommunistischen Führung möglich war, einen relativ großen Teil der Intelligenz um sich zu scharen, hat Ulbrichts Wirken gegenteilige Effekte gehabt.

Jetzt wird in Moskau darüber diskutiert, ob die sogenannte DDR für die Politik der Sowjetunion als militärisches oder als ideologisches Objekt wichtiger ist. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Ihrem Verlauf nach zu urteilen, ist jedoch anzunehmen, daß Ulbricht bleiben wird, falls man in der Sowjetzone ein ausschließlich militärisches Objekt der russischen Außenpolitik erblickt. In diesem Falle wäre Ulbricht der "richtige Mann", der ohne Rücksicht auf ideologische Verluste für das, was man in Moskau die "Sozialistische Idee" nennt, in der Lage sein könnte, das militärische Aufmarschgebiet der Sowjets in Deutschland als die vorgeschobene Bastion zu erhalten.

Würde sich jedoch die Meinung durchsetzen, daß Moskau daran interessiert sein müsse, auf lange Sicht die ideologische Karte in Europa zu spielen, dann wäre Ulbricht sicher nicht der geeignete Mann für die Vertretung der sowjetischen Interessen.

Wohin sich die Waage der Entscheidung jedoch neigen wird, - die Russen sind dafür bekannt, kalte Rechner zu sein - ist sicher in

einem großen Ausmaß davon abhängig, ob Mitteleuropa auch weiterhin für den Westen und den Osten gleichermaßen militärisch interessant bleibt. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich die Haltung Moskaus gegenüber dem Deutschland-Problem in keiner Weise ändern wird, - mit Ausnahme vielleicht einer leichten Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik bei Aufrechterhaltung gleichartiger Beziehungen zur sogenannten DDR - solange die Sowjetunion bei allen Diskussionen über den Rapacki-Plan (Atomwaffenfreie Zone in Europa und Entlassung der DDR aus dem Warschauer Pakt, sowie der Bundesrepublik aus der NATO) im Westen auf kühle Ablehnung stößt.

In diesem Falle werden die Militärs in Moskau bei der gegenwärtigen Diskussion über das Schicksal Ulbrichts siegen. Sie haben dann genügend Argumente für eine Politik der Erhaltung der DDR als vorgeschobene militärische Bastion der Sowjetunion in Europa. Es sind dies die gleichen Kreise, die Chruschtschow im März dieses Jahres vor dem Beschluß der einseitigen Einstellung von Atomwaffenversuchen der Sowjetunion mit der Begründung warnten, der Westen denke gar nicht daran, dem Beispiel Moskaus zu folgen. Die Tatsache, daß diese Kreise leider recht hatten, konnte deren Position in der Diskussion über die Europa-Politik der Sowjetunion stärken.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in Berlin angekündigt, er werde in Kürze mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow u.a. auch über die Situation in der Zone sprechen. Nach Lage der Dinge ist kaum anzunehmen, daß Herr Adenauer Herrn Smirnow etwas Neues erzählen kann. Der sowjetische Botschafter in Bonn ist über das Versagen Ulbrichts sicher genau so gut informiert wie der Bundeskanzler selbst.

Die Frage jedoch, ob nach diesem in Aussicht gestellten Gespräch zwischen Adenauer und Smirnow Moskau bereit sein wird, seinen Einfluß auf Ulbricht im Sinne eines anderen Verhaltens geltend zu machen, dürfte von der Einschätzung Moskaus der militärischen Probleme in Europa abhängen. Hier liegt der Ansatzpunkt für neue Gespräche zwischen Bonn und Moskau über das Deutschland-Problem.

Freund des deutschen Volkes

sp - Mit dem Tode des anglikanischen Bischofs von Chichester, George Kennedy Allen Bell, hat das deutsche Volk einen großen Freund verloren, dem es in Dankbarkeit verpflichtet ist. Diesem britischen Bischof fehlte es nicht an moralischem Mut. Während des zweiten Weltkrieges hatte er sich in Stockholm mit Beauftragten des deutschen Widerstandes getroffen. Leider gelang es ihm nicht, die britische Regierung, besonders den damaligen Außenminister Eden, von der Aufrichtigkeit und Friedensliebe der deutschen Hitlergegner zu überzeugen - wie anders wäre vielleicht die Weltgeschichte verlaufen, hätte die britische Regierung auf die Mahnrufe des deutschen Widerstandes gehört. Erst viele Jahre später zollten ein Eden und ein Churchill den Opfern des 20. Juli den Tribut, der ihnen gebührt.

Bischof Bell gehörte zu den leidenschaftlichen Gegnern der nach dem Kriege auch unter Duldung der angelsächsischen Mächte erfolgten Massenvertreibungen von vielen Millionen Deutschen aus dem Osten und aus der Tschechoslowakei. Seine lautere Stimme vermochte sich damals freilich nicht gegen den Chor der Vansittartisten durchzusetzen, aber immerhin gelang es ihm schon bald nach Kriegsende, die britische Öffentlichkeit für Hilfeleistungen für das ausgehungerte und am Boden liegende deutsche Volk zu gewinnen. Bischof Bell hat auf seinen Gebieten Unvergleichliches zur Überwindung der durch den Krieg ausgelösten Ressentiments getan; er blieb auch in dem schwersten Stunden ein Mahner zur Liebe und zur Verständigung, wo ringsherum der Haß emporkroch.

Viele Deutsche, die das Wirken dieses Mannes kannten, trauern um seinen Tod.

+ + +

Um die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Warschau

sp - Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau ist leider immer noch in der Schwebe. Wohl haben sich die zuständigen Ausschüsse des Bundestages wiederholt damit befaßt, aber Entscheidungen wurden - leider - noch nicht getroffen. Einflußreiche CDU-Politiker entwickelten gerade in der letzten Zeit einen anhaltenden Widerstand, der sich auch in der letzten Sitzung des Bundestages in Berlin auswirkte, wo es ihnen gelang, die vorgesehene Aussprache im außenpolitischen Ausschuß über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblock-Ländern wieder von der Tagesordnung abzusetzen. Immer wieder müssen neue Argumente für die Verzögerung herhalten, Argumente, die bei näherem Zusehen nicht stichhaltig sind und die offizielle Ostpolitik Bonns geradezu in ein Zwielicht bringen.

Viele vernünftige Gründe sprechen für eine baldige Kontaktaufnahme. Überzeugend hat sie der frühere deutsche Botschafter in Indien und jetzige Bundestagsabgeordnete Prof. Meyer in einem Artikel in der "Welt" dargelegt. Politische Vernunft und richtiges Erfassen psychologischer Gegebenheiten scheinen bei gewissen Teilen der CDU nicht hoch im Kurs zu stehen. Daß ein solches Verhalten nicht gerade geeignet ist, ein für uns günstiges Klima in Warschau zu schaffen, liegt auf der Hand. Die Warschauer Reaktion auf die neuerliche Verzögerung und deren tadelscheinige Begründung ist scharf und unfreundlich. Wen kann dies wundern? Die auch von der Regierung sooft bekundete Aktivierung der deutschen Ostpolitik beginnt mit unverständlichem Hinhalten. Man schafft neuen Ärger und Verstimmung, statt endlich daranzugucken, die ersten Schritte zur Herbeiführung normaler Beziehungen mit dem polnischen Volk zu tun. Dazu gehört, daß auch wir als Bundesrepublik in Warschau vertreten sind.

+ + +

Vorbild Schweden

M.G., Stockholm

Während die allgemeine Pension für alle Arbeitnehmer in Schweden noch hart umkämpft ist, hat der schwedische Staat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber mit sofortiger Wirkung beschlossen, alle seine Arbeiter und Angestellten im Hinblick auf die Pensionsrechte den Beamten gleichzustellen. Die Regelung betrifft 75.000 Arbeiter. Damit wurde ein Beschluß von großer grundsätzlicher Bedeutung gefaßt, dessen Fernwirkung sich nicht nur im privaten Sektor der schwedischen Wirtschaft, sondern auch auf internationaler Ebene bemerkbar machen dürfte.

Die Arbeiter werden in sieben Lohnklassen eingeordnet, die sieben bestehenden Gehalts- und Pensionsklassen der Beamten entsprechen. Die niedrigste Lohnklasse A umfaßt beispielsweise ungelernete Hilfsarbeiterinnen und Küchengehilfinnen. Lohnklasse B Frauen mit nur kurzer Ausbildung und Wäscherinnen. Lohnklasse C ungelernete männliche Hilfsarbeiter usw. In der Lohnklasse F befinden sich erst die Professionisten mit mindestens dreijähriger Ausbildungszeit und die höchste Klasse G umfaßt die hochqualifizierten Berufsarbeiter wie Werkzeugmacher und Radio-reparateure.

Die Pensionen betragen 65 % des höchsten Jahresverdienstes und sind auch in den niedrigen Klassen verhältnismäßig hoch. So betragen sie in der Klasse A 4.596 bis 5.281 schwedische Kronen (1 Krone = 0,81 DM). Für ungelernete Hilfsarbeiter ist die Pension 6.404 bis 7.199 Kronen und gelernete Berufsarbeiter werden 8.323 bis 9.313 Kronen bekommen, um hier nur einige Beispiele zu geben.

Die minderbezahlten Arbeiterklassen sind, wie man sieht, verhältnismäßig gut bedacht. Das hängt mit den allgemeinen schwedischen Bestrebungen zusammen, große Einkommensunterschiede möglichst auszugleichen und dadurch das Entstehen neuer Klassenschranken zu verhindern. Beamte und Arbeiter sollen nicht in verschiedenen Welten leben.

Diese Neuregelung wird nach einer Anlaufzeit von fünf Jahren schon 1962 voll in Kraft treten. Zu den genannten Pensionsätzen kommen dann noch die mittlerweile eingetretener Lohnerhöhungen und nach dem 67. Lebensjahr werden die Pensionisten noch eine Sonderzulage von 900 Kronen jährlich erhalten, da mit diesem Jahr alle schwedischen Staatsbürger in den Genuß der schon geltenden sogenannten Volkspension gelangen.

Rostock gibt an

(rh) Der in Gang befindliche Ausbau des Rostocker Hafens, der einen Teilabschnitt der im Ostblock beschlossenen Perfektionierung des Wasserstraßensystems in Osteuropa und dessen mitteleuropäischen Anschlußgebieten darstellt, wird vor allem in Stettin, Gdingen und Danzig argwöhnisch beobachtet, obwohl auch Warschau an dem Wasserstraßensystem des Ostblocks maßgebend beteiligt ist. Denn Stettin hat bisher einen Großteil der seewärts gehenden Güter aus der Sowjetzone umgeschlagen, im Vorjahr waren es eine halbe Million Tonnen. Man versprach sich bisher in Stettin eine künftige Steigerung dieses Umschlags, die aber nach dem Ausbau von Rostock vollständig in Frage gestellt ist. Gdingen und Danzig wiederum verfrachten Überseegüter aus der Tschechoslowakei (und für die CSR), die Rostock gleichfalls an sich ziehen will. Vorläufig ist vor allem Gdingen eine Art Stammhafen der vier Frachter umfassenden Hochseeflotte der Tschechoslowakei, doch der letzte Frachter wurde von der Sowjetzone gebaut und wird jetzt nach seiner ersten Fernfahrt in Warnemünde überholt. Rostock hofft schon jetzt, zum neuen Stammhafen der CSR-Frachter zu werden und hat deshalb eine umfassende Werbung in der Tschechoslowakei gestartet.

Dabei werden Argumente gebraucht, die zwar dem Fachmann lächerlich erscheinen müssen, die aber in einem Land, das nicht selbst über eine Meeresküste verfügt, doch eine gewisse Wirkung erzielen können. Zu derartigen Argumenten gehört die Behauptung, das Rostock der "schnellste Hafen Europas" sein werde. Diese Behauptung hat in einem Beitrag der Prager Tageszeitung "Lidova Demokracie" der Chefredakteur der sowjetischen Zeitung "Der Demokrat", Xaver Kugler, aufgestellt. Kugler schreibt, daß es den Hamburgern nicht geringe Sorgen bereite, das Rostock so schnell sein werde, und begründet diese Schnelligkeit auf folgende ungewöhnliche Weise: "Dazu trägt hauptsächlich die kurze Zufahrt vom offenen Meer bis zur Hafennole bei, die nur ein Bruchteil der Entfernung ist, die Seeschiffe in Hamburg oder in Bremen zurücklegen müssen." Xaver Kugler nimmt offensichtlich an, daß die Leser der Prager Zeitung nicht wissen können, was man unter "offenem Meer" versteht, und daß dabei nur die Nordsee und der Atlantik, aber kaum die Ostsee gemeint sein kann.

Vom offenen Meer, nämlich dem Atlantik und der Nordsee, haben es allerdings die Schiffe nach Hamburg und Bremen doch etwas näher als

nach Rostock, ganz abgesehen davon, daß sie ja, um in die Ostsee zu gelangen, erst noch die untere Elbe bei Cuxhaven und den Nord-Ostsee-Kanal mit seinen beachtlichen Gebühren passieren müssen. Inzwischen sind die Frachten wesen- oder elbeaufwärts in Bremen oder Hamburg schon längst gelöscht und die Schiffe können sich auf neue Fahrt begeben, ohne nochmals den Nord-Ostsee-Kanal (mit seinen Gebühren) passieren zu müssen. In Rostock wird man natürlich diese Tatsachen auch nicht übersehen, aber man versucht doch, wie man sieht, der Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei ein X für ein U vorzumachen. Dabei wird auch sonst noch die Werbetrömmel kräftig gerührt.

So lobt der genannte Kaver Kugler die Mitarbeit der Tschechoslowakei beim Bau des Rostocker Hafens. Das staatliche Unternehmen für Industriebauten "Prumstav" in Pardubitz (Böhmen) sei Rostock mit Rammen zu Hilfe gekommen, deren Lieferung westdeutsche Unternehmen abgelehnt hätten. Für Rostock sei die Verbindung mit dem nordeuropäischen Wasserstraßennetz genau so wichtig wie der rasche Umschlag. Deshalb werde auch der "Nord-Süd-Kanal" gebaut, dessen Planungsarbeiten bis Ende Oktober fertig sein sollen. Mit dem Bau des Kanals werde im nächsten Jahr begonnen werden. Er werde Motorschiffen von 1000 t die Fahrt von Prag nach Rostock ermöglichen. Überdies rechnet die Sowjetzone auch damit, daß sie selbst den Umschlag ihrer Waren über Hamburg werde einsparen können, für den im vergangenen Jahr rund 50 Millionen Rubel ausgegeben wurden. Der Umschlag in Hamburg habe 1,5 Millionen t betragen. Die Gebühren in Hamburg und Stettin würden nach dem Ausbau Rostock zugute kommen, so daß eine Amortisation der Investitionen in absehbarer Zeit gesichert sei.

Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjetzone ihre Werbung für Rostock mit den mannigfaltigsten Argumenten, auch ähnlichen unläuterer, in den nächsten Monaten verstärken wird. Man kann eine derartige Werbung mit Recht als sehr lächerlich bezeichnen, aber man sollte sie nicht unterschätzen. Auf alle Fälle will die SED, um nicht nur die Eigenstaatlichkeit, sondern auch die Eigenwirtschaftlichkeit der DDR unter Beweis zu stellen, fertige Tatsachen schaffen, die sich der im Ostblock immer stärker praktizierten "Arbeitsteilung" auf wirtschaftlicher Gebiete anpassen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Einig über Berlin-Hilfe

Nach einem Gespräch der Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willi Brandt, am Freitag nachmittag, wird heute folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Im Anschluß an die Beratungen des Bundestages fanden eingehende Erörterungen über die Fortsetzung der politischen und parlamentarischen Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei für die Maßnahmen zur Stärkung Berlins beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willi Brandt, statt. Es nahmen außer dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Erich Cilenhauer, die stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Professor Dr. Carlo Schmid, Fritz Erler und Dr. Heinrich Deist, sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden der Berliner Partei teil.

Die Besprechungen ergaben, daß zwischen den Vorstellungen der Berliner Stellen und denen der SPD volles Einverständnis besteht. Die Sozialdemokratische Partei hat in den vergangenen Jahren stets ein Höchstmaß an praktischer Hilfe des Bundes für das Land Berlin zur Bewältigung der ihm obliegenden Aufgaben, zur Sicherung der Hauptstadtaufgaben Berlins und zur Stärkung der inneren Wirtschaftskraft gefordert. Sie begrüßt, daß das Verständnis für diese Notwendigkeiten inzwischen auch bei anderen politischen Kräften stärker sichtbar geworden ist und hofft, daß sich dies auch in der Bundeshilfe für Berlin praktisch auswirkt. Um dem Land Berlin eine gesunde soziale Struktur zu geben, ist mehr nötig als nur die Beseitigung aktueller Notstände und die Hilfe von Fall zu Fall. Es bedarf darüber hinaus eines langfristigen Programms. Es muß, entsprechend den auch bisher von der Sozialdemokratie vertretenen Vorstellungen, enthalten:

1. Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus,
2. Entwicklung der Produktionskraft der Berliner Wirtschaft,
3. Weitere Übertragung von Hauptstadtfunktionen auf Berlin,
4. Maßnahmen, um Berlin keine ungebührliche Belastung durch ansteigenden Zustrom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone aufzuerlegen.

Um den Bundestag stärker mit der Hauptstadt Berlin zu verbinden, muß ihm in Berlin ein für seine Arbeit geeignetes und seiner Würde entsprechendes Parlamentsgebäude geschaffen werden. Außerdem ist es erforderlich, die Stellung Berlins in den gesetzgebenden Organen des Bundes zu normalisieren. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird die hierzu erforderlichen Maßnahmen unterstützen und entsprechende Anträge erforderlichenfalls einbringen. Zur Gewährleistung einer unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und allen Berliner Stellen hat der Vorstand in Berlin ein eigenes Büro unter Leitung des Mitgliedes des Vorstandes Max Kukil eingerichtet.